

# Volkstimme

## Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Verwaltung: Halle a. S., Gr. Braunschweigerstr. 17.  
Telephon: 6902. Sprechstunde täglich von 11-12.

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Reg.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonntags mit der illustrierten Beilage „Wolk und Zeit“.

Verlag u. Expeditions: Halle, Gr. Ulrichstr. 27.  
Telephon: 5407. Verlagskonto Leipzig 9 Nr. 8753

Nr. 49      Halle, Montag, den 28. Februar 1921      5. Jahrgang

### Die Abstimmungsbedingungen für Oberschlesien.

#### Der Etat des Reichspräsidenten im Reichstag — Ein Vorkoß gegen den Abstimmendtag Politische Senationsprozesse.

Oppeln, 26. Febr. (WTS). Die Interalliierte Kommission hat heute Bestimmungen über die am 20. März stattfindende Abstimmung in Oberschlesien als Ergänzung zu dem am 31. Dezember v. J. veröffentlichten Wahlreglement herausgegeben. Darin heißt es u. a.:

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. März, für das gesamte ober-schlesische Gebiet und für alle stimmberechtigten Kategorien statt.

#### Der Passierschein

gilt als Paß und muß vom Variationsbüro des Ortes beantragt werden, in dem abgeblättert wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarte. Die Personen der Kategorien A und C erhalten den Passierschein vom Variationsbüro ihres Abstimmungsortes. Die Personen der Kategorien D erhalten einen öffentlichen Passierschein und diejenigen der Kategorie B erhalten denselben Passierschein, den aber der Variationsbüro des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand eine Begleitung erforderlich macht, können auch für den Begleiter einen Passierschein erhalten. Für die Passierscheine ist kein Visum eines französischen Konsulats erforderlich.

#### Die Abstimmung

erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier mit schwarzem Rand. Die eine Kategorie trägt den Vermerk „Polsta Polen“. Die zweite Kategorie den Vermerk „Deutschland-Niemco“. Zeitel, Umschläge und Linien werden von der Regierungskommission geliefert. Die Abstimmung dauert von früh 8 bis 8 Uhr abends. Ungültig sind 1. Stimmzettel, die nicht das vorgeschriebene Format haben, 2. Stimmzettel mit Merkmalen, die eine Verletzung des Abstimmungsgeheimnisses bezwecken, 3. Stimmzettel mit Zulagen oder Streichungen, 4. Stimmzettel ohne Randstrich, 5. Stimmzettel, die ohne Umschlag gefunden wurden, 6. Stimmzettel in unvorzählbaren Umschlägen. Jeder Stimmzettel darf nur einen Stimmzettel enthalten. Sind mehrere darin, aber von der gleichen Kategorie, so werden sie als eine Stimme gezählt. Sind sie verschiedener Kategorie, so sind sie alle ungültig.

Im Falle, daß über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbüro erzielt werden kann, gelten sämtliche Stimmzettel als angezogen, wodurch ihre Berechnung ausgefällt ist; die Entscheidung liegt bei dem Interalliierten Büro. Dieses prüft die Abstimmungsabhandlung, entscheidet über die richtigen Fälle und die angezogenen Stimmzettel und stellt die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung fest. Der Gesamtbericht des Interalliierten Büros mit den Vorhändlungen bezüglich der Gültigkeit der Abstimmungsabhandlung geht an die Regierungskommission, die in letzter Instanz über die Gültigkeit entscheidet und das Ergebnis bestätigt. Wo es angezogen wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

### Die Aufteilung der Welt in London.

London, 26. Februar. „Morning Post“ meldet, der Versuch der Verbündeten, eine interalliierte Kommission zur Überprüfung der getauften Zahl der griechischen und türkischen Bevölkerung in Izmir und Smyrna zu ernennen, habe auf die griechische Delegation wie eine Bombe gewirkt. Der griechische Ministerpräsident sei auf einen solchen Ausgang nicht vorbereitet gewesen und habe daher die Angelegenheit seiner Regierung unterbreiten müssen.

Paris, 26. Febr. Wie der Sonderberichterstatter der Pariser Agentur aus London meldet, haben die alliierten Sachverständigen heute vormittag eine zweiwöchige Sitzung abgehalten, in der mit den armenischen und türkischen Vertretern verhandelt wurde. Bogos Nubar Pascha verlangte, indem er sich auf den Boden des Friedensvertrages von Sevres stützte, Garantien für die Armenier in Cilicien. Ein armenischer Delegierter protestierte gegen die Bestimmungen des Vertrages, der zwischen den türkischen Nationalisten und der Regierung von Erivan abgeschlossen wurde und der zwei russische Provinzen unter türkische Herrschaft bringe. Betir Sami Bey stellte alsdann für die türkische Delegation die Lage in Turkestan auseinander. Die Nationalversammlung von Angora habe ein Gesetz angenommen, das allen turkischen Wälsjets volle Autonomie gewähre. Sie seien im Parlament vertreten und die Bevölkerung erhebe keine Forderungen, mit Ausnahme von einigen Dissidenten, die keine Bedeutung hätten. Der türkische Vertreter erbot sich sogar, seine Behauptungen an Ort und Stelle durch die Alliierten nachprüfen zu lassen. Für Armenien gebe es keinen Platz in der Türkei, denn es gebe nirgendwo eine armenische Mehrheit. Betir Sami Bey hätte sich in seinem Erfolge auf den Standpunkt des Nationalitäten-

prinzips gestellt. Lord Curzon habe jedoch daran erinnert, daß die Großmächte das feierliche Versprechen gegeben hätten, Armenien in einen autonomen Staat umzuwandeln.

#### Abreise nach London.

Berlin, 27. Febr. Die deutsche Delegation ist am Sonntag mittag vom Potsdamer Bahnhof abgefahren. Zur Verabschiedung war der Reichstasler auf dem Bahnhof erschienen, wo er mit dem Minister des Auswärtigen in längerem Gespräch verweilte. Unter den anwesenden Vertretern der Regierung befanden sich die Staatssekretäre Albert und v. Santel und eine Reihe Beamter der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amtes und der übrigen Ministerien. Die Zusammenkunft der Delegation ist in unserer Zeitung vom 24. Februar bereits mitgeteilt worden und unverändert geblieben.

#### Man immer zu.

London, 28. Febr. Nach dem „Liberator“ hat die Brüsseler Sachverständigenkonferenz den alliierten Regierungen einen zweiten, vom 20. Februar datierten Bericht unterbreitet. In diesem heißt es: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands sei wahrscheinlich augenblicklich günstiger als in irgend einem anderen Lande Europas. Es werde schwer zu beweisen sein, daß der in Paris festgesetzte Reparationsbetrag Deutschlands Leistungsfähigkeit übersteige.

#### Die Mandate des Siegers.

Bei der Verteilung der Welt im Friedensvertrag hat man bekannterweise die Formel gefunden, daß die Siegermächte die neueroberten Gebiete im Auftrag des Völkervollrechtes verwalten sollen. Dies ist aber nur eine verblüffte Form der Selbstgerechtigkeit. Besonders gilt das für die sogenannten Mandate, welche ein absolutes Verfügungsrecht über die betreffende Kolonie gewähren. Ein solches Mandat ist England bezüglich der früheren deutsch-afrikanischen Kolonien zugefallen worden. Unlangst ist der Text des Mandates über Palästina ausgearbeitet und dem Rat des Völkervollrechtes unterbreitet worden. Es ist in diesem auch die Sozialisierung der öffentlichen Werte vorgesehen. Der Verwaltung wird das Recht eingeräumt, die Ausbeutung der Naturkräfte, die Errichtung der für die Öffentlichkeit wichtigen Betriebe und Dienste, staatlich zu betreiben. Auch ist der Profiteure aus für die Öffentlichkeit wichtigen Unternehmungen im Prinzip beschränkt; dieser soll ein „annehmbares Maß“ nicht überschreiten. Nur sind diese Bezirke sehr beherrschbar und es fragt sich, wie das Bild in der Wirklichkeit ausfallen wird?

### Kriegsbeschädigtendemonstration in Berlin.

Berlin, 27. Febr. (WTS). Der Groß-Berliner Gau des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten veranstaltete Sonntag vormittag eine Massenversammlung im Lustgarten, an der etwa 12.000 Personen teilnahmen. Der Vorkämpfer Karl Liebknecht wandte sich gegen die Verkleppung der Forderungen der Kriegsbeschädigten und verlangte eine Beseitigung der Auszahlung der Renten. Dann bildete sich eine Demonstrationsspalz, in dessen Reihen zahlreiche Plakate und rote Fahnen mit Aufschriften getragen wurden. Die meisten der Fahnen trugen den goldenen Schriftzug: „In den Tagen wurde auf einer Tragbahre ein mit Eisenkreuz gekleideter Schwärzer getragen mit der Aufschrift: Das neue Verstrangungsgefäß.“ Der Zug bewegte sich nach dem Reichspräsidium. Unterwegs ereignete sich zahlreich Unfälle. Der gesamte Hauptverkehr wurde lahmgelegt. Einzelne Straßenbahnfahrler wurden tätlich angegriffen. In einem Zusammenstoß mit der Schutzpolizei kam es am Alexanderplatz, bei der Demonstration ein Verstoß mit Schutzpolizisten umgingelten. Den Ordnern gelang es schließlich, die Menge zum Weitergehen zu veranlassen. Mit Niederrufen auf die Schutzpolizei und mit Hochrufen auf die dritte Internationale und auf Sowjetrußland ging es weiter. Da das Arbeitsministerium in der Spandauerstraße von einer Hundstunde der Schutzpolizei besetzt war, bewegte sich der Zug nach dem Invalidenhof, wo Liebknecht eine Ansprache hielt, die mit einem Hoch auf die Weltrevolution schloß. Dann löste sich der Zug auf.

#### Beschränkung der Einwanderung.

Washington, 28. Febr. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat genehmigte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach wird vom 1. April an für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nationalität auf 3 Prozent der Ausländer gleicher Nationalität festgelegt, die zur Zeit der Volkszählung von 1910 hier in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten.

### Vor einem neuen Rapp-Buch?

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, zugleich das offiziöse Blatt der Reichsregierung und des Herrn Duna Stinnes, hat in einem aufsehenerregenden Artikel vor nationalitätlichen Ausschreitungen gewarnt und damit die Gefahr eines neuen Rapp-Buches gemahnen, an die Hand gemalt. Als Verfasser dieser Notiz, oder doch als ihr Inspirator, kann nur Stinnes selbst in Frage kommen.

Man überlege nun. Eine derartige Notiz ist zweifellos geeignet, die deutsche Öffentlichkeit zu beunruhigen, den Kaufmann und Großhändler ängstlich zu machen und somit eine wirtschaftlich nicht gerade günstige Wirkung auszuüben. Wenn nun ein Mann wie Hugo Stinnes, der in allererster Linie wirtschaftlich interessiert ist, dies als der größte Werbefehler und Sündenerbe heute an dem Wohl-erhalten jeder einzelnen Industrie ein gleich starkes Interesse hat, eine derartige Notiz in seinem Blatt in die Welt setzt, so muß er einen sehr triftigen Grund dafür haben, und es müssen immerhin ernste Ursachen vorliegen, die sein Vorgehen rechtfertigen. Unsere Stellung zu Herrn Stinnes ist bekannt, aber gerade weil wir ihn für einen überaus brutalen und kalt rechnenden Verfechter seiner wirtschaftlichen Interessen halten, so müssen wir es außerordentlich ernst nehmen,

wenn dieser Mann, dem ein weiterverwehrt Nachrichtenblatt zur Verfügung steht, es für richtig hält, in alle Öffentlichkeit sein Spielplan auf der rechten Seite vorzutauschen zu wagen. Wie liegen die Dinge? Am Abend des gleichen Tages, an dem der Stinnes-Artikel erschienen war und an dem Minister Simons vor dem Reichspräsidenten die Ausführungen noch unterzeichnet hatte, erschien in der „Deutschen Tageszeitung“ unter der Überschrift: „Preußisches Volk, du bist betrogen worden!“ ein unheimlich aufreizend und scharf gehaltener Artikel des Freiherrn von Wangenheim, des gleichen Mannes, der unter Rapp zwei Tage als preußischer Landwirtschaftsminister regieren durfte. Dieser Artikel Wangenheims zeigt sehr deutlich, daß, was wir auch aus anderen Zeitungsartikeln und sonstigen Anzeichen klar entnehmen können, ein sehr großer Teil der Deutschnationalen, insbesondere natürlich der deutschpöhlischen Flügel mit den Kapiteln der „Deutschen Zeitung“, der „Kommersche Tagespost“, der „Preussischen Zeitung“, der „Greifswalder Zeitung“ u. a. m. sich nach dieser Wahlen auf keinen Fall damit abfinden lassen will, außerhalb der preußischen Regierung zu bleiben. Diese Leute haben 2 1/2 Jahre zähneknirschend und die Faust in der Tasche gehalten, draußen stehend und gesehen, wie die neue preußische Regierung begann, den alten feudalistisch-aristokratischen Verwaltungsapparat zu demokratisieren und republikanisch zu gestalten. Hinter ihnen steht zweifellos ein sehr erheblicher Teil der alten höheren Beamtenhäufe, die altmännlich fürchten, durch die neu hinzukommenden demokratischen Elemente aus ihrer überregenden Stellung hinausgedrängt zu werden, in der sie bisher noch mit nicht geringem Erfolg

durch ein geschicktes Zusammenwirken einen Teil der Arbeit der neuen Minister sabotieren konnten.

Nachdem sich nun zeigt, daß der deutschnationalen Wahlerfolg zu klein ist, um auf Grund ihrer Mandatsziffern das erreichen zu können, was ihnen großen Teil der Deutschnationalen als Ziel des Wahlkampfes vorbestimmt, nämlich der Eintritt in die preußische Regierung, wollen die dem rechten Flügel der Partei angehörigen Elemente nunmehr das erzwingen, was ihnen die Wahlen verweigert haben. Mit dieser Stimmung muß man rechnen und muß weiter sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß einer Putschaktion jener Leute nicht nur ein sehr großer Teil der der Organe angehänglichen Organisationen unbedingt zur Verfügung steht, daß aus dem alten Offizierskorps erhebliche Heerzonen in Entschleunigung werden, und daß in Bayern allen Abteilungen zum Trug haben angenommen worden sind, die nach den gegenrevolutionären Elementen Preußens herüberzuziehen. Sicherlich selbst ist heute von einem Putsch ab, in der richtigen Erkenntnis, daß ein derartiger Bahnsinn unserer

#### Todesurteil in London

bedeuten würde. Aber er hat, wie schon oft betont worden ist, einen erheblichen Teil der preußischen Oligarchenorganisationen nicht in der Hand, und ferner lehrt sich das deutsche Volk, wie der Rapp-Buch gezeigt hat, den Tadel um republikanische Gesichtspunkte, weil ihm sein brutaler Wille zur politischen Macht in Preußen einzig und allein Verleumdung für seine Handlungen ist. Ob das Reich aus einander zerfällt, ob Nord und Süd auseinanderfallen, über diese Herren nicht, wenn nur der preußische Junker Landrat und Minister bleibt und in Oßleben wie bei dem alten Rezept der preußischen Krone über den Arbeiter regiert werden kann.

Die Situation ist mithin ernst, kann es noch für Wochen bleiben und erfordert die angespannteste Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft. Wenn irgendwann, wie es jetzt unwahrscheinlich, daß alle wertigen Männer und Frauen, die der Ansicht sind, daß derjenige zum Teufel gejagt werden muß



**Die amerikanische Note über die Verteilung der Mandate.**  
Das B. V. veröffentlicht den Wortlaut einer amerikanischen Note über die Verteilung der Mandate und bemerkt dazu: Wie aus dieser Note hervorgeht, besitzt die amerikanische Regierung ebenso wie die Entente den Standpunkt, daß die Verteilung der Mandate eine Angelegenheit der 5 alliierten und assoziierten Hauptmächte ist. Demgegenüber sieht die deutsche Regierung bekanntlich auf dem Standpunkt, daß eine Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kolonien nur vom Völkerbund getroffen werden kann.

**Nur nicht abblöhen.**

Paris, 26. Febr. Laut „Journal“ erklärte Bissini, der zum Vorsitzenden des Rüstungsausschusses des Völkerbundes ernannt wurde, man dürfe jetzt noch nicht an die Abrüstung denken. Man stehe einem Deutschland gegenüber, das nach wie vor immer noch imperialistisch und reaktionär (!) sei und sich den Vertragspflichtungen zu entziehen suche. Unter solchen Umständen abzurufen, wäre eine tolltölpliche Unvorsichtigkeit.

**Amerikas öffentliche Meinung gegen die Ententeforderungen.**

(N. Y.) New York. Die amerikanische öffentliche Meinung beurteilt einmütig die an Deutschland gerichteten Wiederherstellungsforderungen der Alliierten. Nicht nur die Meinung des großen Publikums steht die neuen Bedingungen für übertrieben an, sondern auch großkapitalistische Kreise, die bis jetzt durchaus Deutschland alle Rollen des Krieges auflösen wollten, glauben, daß die Entente mit diesen neuen Forderungen den Völkern überhand tut.

Mr. Bernhardt Baum, Wirtschaftsprüfer für die Friedenskonferenz und persönlicher Berater des Präsidenten, nennt die Bedingungen „sehr hart“. Seine wahre Meinung, daß die Bedingungen der Alliierten nicht durchführbar seien, umschrieb er, indem er sagte: „Ob dies eine richtige Maßnahme ist oder nicht, wird von dem Geiste abhängen, in dem sie von allen Parteien des Friedensvertrages durchgeführt wird und von der Fähigkeit Deutschlands, die verlangten Zahlungen zu leisten.“

Ein anderer herortragender Volkswirtschaftler, Frank M. Rowlett, der für die deutsche Delegation, führte aus, daß „Deutschland niemals fähig sein wird, die von den Alliierten aufgestellten Forderungen zu erfüllen“. Er sieht keine Möglichkeit für Deutschland, die jährliche Zahlung von 2 Milliarden zu leisten. Ueber die in Paris getroffenen Bestimmungen äußert er: „Während die Alliierten Deutschland gegenüber die Forderungen einzuwickeln, während wohl die deutschen Kreise keine Dankbarkeit für den Später unternommenen Kampf von dem Hungertod empfinden. Deutschland ist jedoch fähig, seine Schulden in Waren zu bezahlen.“

**Bürgerkrieg in Irland.**

London, 26. Febr. (ILL) Gestern morgen fand in der Nähe von Madrone in der Grafschaft Cork ein blutiger Zusammenstoß zwischen 300 Unabhängigen und 70 britischen Polizeikräften statt. Die Polizisten töteten in einem Motorwagen, als sie auf einem hölzernen Teil des Weges aus dem hinterhalt erschossen wurden. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Ein Major und drei Polizisten wurden getötet, sechs andere verwundet. Es gelang den Polizisten nicht, die Rebellen aus ihren Schutzwinkeln zu vertreiben. Sie kämpften daher mit den Toten und Verwundeten nach Madrone zurück. Die Verluste der Rebellen sind unbekannt. Eine größere Zusammenkunft begann sich darauf von Cork aus zum Kampfplatz, während Militärschiffe auf See in den verstreuten. In Dublin wurde gestern ein Stadtteil, in dem man das Hauptquartier der Iren vermutete, militärisch besetzt. Das Ergebnis der Hausdurchsuchungen ist jedoch nicht bekannt.

Dublin, 28. Febr. (Neuter.) Am gestrigen Sonntag wurde mittags eine Polizeimannschaft im Zentrum von Dublin beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und verwundeten zwei Personen. Eine andere Schar Bewaffneter brachte zwischen Malrow und Fermoy den Postweg zum Stehen und raubte eine Menge Postkisten.

**Politische Genationsprozesse.**

Im ganzen Reich gibt es jetzt Genationsprozesse aus den künftigen Tagen, die Deutschland seit dem 9. November 1918 durchgemacht hat. In Berlin wird seit einigen Tagen gegen Sozialisten und Genossen verhandelt, in seinem Kampf gegen Marx und Genossen, die in seinem verdammtesten Gerichte gegen Ekelmann sit. In Kassel wird gegen eine Anzahl Kommunisten verhandelt, die in den Kampfen, die dem Rapp-Kauf in Ruhrrevier folgten, sich gegen die Staatsordnung vergriffen hätten. In Essen spielt sich die Gerichtsverhandlung über die Tragödie der Ermordung einer Anzahl Zeitschriftenleger oder Angehörige der Arbeiterpolitik in einem Werkraum, den sie zu besetzen hatten, ab. Auch die letzte Bluttat war in den Kämpfen nach dem Rapp-Kauf erfolgt. Die Verhandlungen der beiden letzten Prozesse dauern schon wochenlang. Im Kaiserlichen Lager wird es jetzt genug sein, jetzt aktuelle Verhältnisse von Ereignis und Augenblicke. Oben zur republikanischen Staatsform auferzogen. Der Verteidiger der angeklagten Kommunisten macht dem deutschen Staatsanwalt das Leben ziemlich klar, dadurch, daß er dauernd das viel gefährlichere hochverräterische Treiben der rechtsstehenden Parteien in den Vordergrund schiebt und den Zuhörer zu Vergleichen nötigt, die gewöhnlich zugunsten der Angeklagten ausfallen. Die gegen Verhandlungen sind für die Zeitigkeit von hoher politischer Bedeutung. Scharf stehen die Verhandlungen und der Staatsanwalt zusammen, als erkläre sie, daß ein agent provocateur die Angeklagten erst in diesen Plänen und Rüstungen verwickelt habe, daß sich das Gericht dieser Erkenntnis abhelfen verweigert und überhaupt nicht zeigen, wie wenig abstrakt der Wert eines der Angeklagten agent provocateur, der Wert eines der Angeklagten nicht vorgehen. Bis zu seiner Vernehmung werden die Verhandlungen verlagert. Wir werden über die genauen Einzelheiten und das Urteil weiter Beser noch orientieren.

Im Kaiserlichen Lager wird es sich mehr um die möglichst genaue Feststellung des Heranges einer unpolitisch scheinenden Wortart an einer Reihe Angehöriger eines militärischen Verbandes, die sich in dem belagerten Lagerort der Bollwerke ergaben und bei ihrer Abführung zum größten Teil niedergemetzelt wurden. Gemäß dem auch bei diesem Prozeß die Feststellung der damals geschähen eine Rolle, im allgemeinen tritt aber die politische Bedeutung dieser Verhandlungen im Vergleich zum Kaiserlichen Lagerprozess weit zurück. Es mangelt ja

auch nicht an sensationellen Zwischenfällen. So ist die Entlassung des Spiegels Landrost zu verzeichnen, der Führer der N. A. D. ist und zu gleicher Zeit von hohen Militärs Geld für seine Nachfragen über die kommunistische Bewegung erhält, der bei den Mandataten unbedingt seine Hand im Spiele hatte, sich deshalb verweigert hielt und während der Verhandlungen aber plötzlich sich freiwillig dem Gericht stellt.

Außerdem ist die Woge auch nach in Berlin ein Bestrebungsprozess verhandelt worden, der nicht unerwähnt bleiben soll. Der Kaufmann G. Prædel hat unter der Leitung des jetzigen Direktors der „Deutschen Wirtschaftsjahrbuch“ Gustav Gerhardt, dadurch habe ich einen Befehl für die gerichtliche Beilegung Dänische 15 000 Mark geboten. Ueber die Person des Ringers schreibt die „Freiheit“: „Gustav Gerhardt istlich sich bei Ausbruch der Revolution in den Kollaborat ein und wirkte hier einige Zeit an der Gestaltung der Revolution mit. Er verhielt sich dann plötzlich im Dunkel, später tauchte dann ein gewisser Doktor Gärtner auf, der wiederholt Ausandlungen und ungelegliche Verhandlungen vornahm. Keine Behörde wollte aber einen Mann namens Dr. Gärtner kennen. Wir konnten dann später feststellen, daß Dr. Gärtner und das Militär des Kaiserlichen Gerhardt ein und dieselbe Person waren. Gärtner hatte sich als ein Mitglied der Revolution im Dienste der Kriminalpolizei, als er von Kollaborat ausgetreten war, wurde er einer der Hauptpersonen in der antisozialistischen Liga, jener schändlichen Gesellschaft, der das Geld der Schwerindustrie und der Kontorrevolution millionenweise zuleh. Später hat diese Firma wiederholt ihren Namen gewechselt, ihre Tätigkeit ist aber die gleiche geblieben, ob sie sich heute nun „Pinkerston-Gesellschaft“ oder „Deutsche Wirtschaftsjahrbuch“ nennt.“

**Noch ein politischer Prozeß.**

In Braunschweig wurde der sozialdemokratische Landesgeschicht Stoezel zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Seit Mitte voriger Woche dauert dieser politische Prozeß, der zur Sprengung des sozialdemokratischen Reichsbeschlusses führen sollte. Auf Antrag des Reichsgerichtsvereins hatte die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Missbrauch der Presse in zwei Fällen und Missbrauch der Presse erhoben. Der Antrag des Staatsanwaltes ging auf 1 1/2 Jahre Zuchthaus. Das Urteil ließ die Anklage wegen Missbrauch der Presse fallen und verurteilte Stoezel nur wegen Amtsmissbrauchs zu zwei Monaten Gefängnis.

Im Verlaufe des Prozesses offenbarte sich die ganze systematische Art und Weise, wie vom reaktionären Philologen-Berein, nachdem seine politische Bege gegen den sozialdemokratischen Landesgeschicht nicht zum Ziele geführt hatte, versucht wurde, durch das Mittel der Justiz zum Ziele zu kommen. Alle Entlassungsmomente wurden möglichst benützt. Als Einzelheit für die beispiellose Hege ist erwähnt, daß ein Professor und Oberlehrer, der sich zur Mitarbeit mit unserem Genossen Stoezel bereit erklärt hatte, sofort aus dem Philologen-Berein und aus der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen wurde. Ganz der Hauptbelaßter wurde der Schriftsteller Wille aus Wilmersdorf, ist ein bekannter sozialistischer Altkämpfer, der wegen monarchistischer Schulfeiern und hegemonischer Neben in der Schule von unserem Genossen Haenisch schon in Ordnungstrafe genommen war. Es zeigt sich, daß zum Zwecke des Sturzes unseres Genossen Stoezel alle Philologen, mit denen er zu tun gehabt hat, ihre Amtsverpflichtung gegenüber dem Reichsgericht, der dem Genossen Stoezel zur Hilfeleistung zugegeben war und das dazu benutzte, um dem Philologen-Berein Material gegen den Genossen Stoezel zu liefern. Bezeichnend für die ganze Art, wie gegen den Genossen Stoezel gearbeitet wurde, sind die Schlußsätze des Verteidigers Dr. Rohrer: „Er geht gegen einen Mann gearbeitet wurde, nur um einen Sozialisten und die sozialistische Regierung zu treffen. Der Landesgeschicht Stoezel mußte geführt werden, um dem parteipolitischen Plan des Philologen-Bereins zum Siege zu verhelfen. Es war ja sehr wichtig zu beobachten, wie hier auf den Zeugen- und Zuschauerbeinen die Treiber häßlich geüßelt haben, um zu zeigen, wie hier ihr Opfer abgezehrt wird.“

**Die Münchener Ernährungsminister.**

Die Vorzüge des preussischen Landwirtschaftsministers. Aus dem preussischen Landwirtschaftsministerium wird gemeldet: Bei den Verhandlungen der Ernährungsminister in München, die die Umstellung der deutschen Getreidewirtschaft betreffen, wurden — was in der Presse zur Verfügung gestellten Mitteilungen des Reichsernährungsministeriums vermischt wird — auch die Vorzüge des preussischen Landwirtschaftsministers sowohl in der Vollerhebung als auch im Hinblick ausführlich erörtert. Die Vertreter der süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, denen sich auch Hamburg und einige andere kleinere Staaten anschließen, sprachen sich gegen diese Vorzüge aus, und zwar vorzugsweise gegen die Verkopplung der Düngeerzeugung mit dem Getreideanbau. Diese Haltung ist deren Begründung, daß die süddeutsche Landwirtschaft nach ihrer harten Wirtschaftslage verhältnismäßig weniger Düngemittel braucht als die norddeutsche. Es wurde auch behauptet, daß die preussischen Vorzüge neue Zwangsmaßnahmen für die Landwirtschaft in sich schließen, und daß jeder Zwang die landwirtschaftliche Erzeugung hemmen würde.

Demgegenüber wurde von den Vertretern Preußens der Standpunkt festgehalten, daß ein Vorgehen nach den Vorzügen des Reichsernährungsministers die Weiterführung der Zwangsabwicklung des Getreides, selbst in bestmöglicher Weise, vollkommen illusorisch machen würde, was nicht nur für die Volksernährung, sondern auch für die Landwirtschaft selbst katastrophal hätte haben könnte. Seitens des Reichsernährungsministers wurde zu den Vorzügen Preußens keine Stellung genommen. Die Entscheidung über die Umstellung der Getreidewirtschaft liegt nunmehr bei der Reichsregierung und dem Reichs-

tage. Sie haben sich darüber schlüssig zu werden, ob sie die Abwicklung der Zwangsabwicklung für Getreide verantworten wollen.

Von sehr gut unterrichteter Seite erfahren wir die folgende, ganz außerordentlich beachtliche Zuschrift:

**Das Verdrängungsgeldgesetz.**

In der Sonnabendigung des 24. Märzjahres des Reichsgesetzes wurden die Paragraphen 3 bis 10 des Entwurfes des Verdrängungsgeldgesetzes und die verdrängenden Abänderungsanträge zu diesen Paragraphen eingehend durchgelesen. Der § 4 des Regierungsentwurfes enthält folgende Fassung: Im Falle des § 2 Nr. 1 wird geleistet: 1. Ertrag der durch das schädigende Ereignis verurteilten notwendigen Verdrängungen. 2. Bei einem Erwerbsverlust Ertrag dieses Verlustes für die Dauer der Freizeitsentziehung oder Verhinderung, sowie für die Zeit nach der Beilehrung mit der Einkürzung, daß die Ertragsleistung 15 000 Mk. für das volle Jahr nicht übersteigen darf.

Die Berechnung des Einkommens erfolgt gemäß § 4 Nr. 2. Es wird gemährt: Für die Zeit von der Verdrängung bis zum 31. Dezember 1919 der zweifache Betrag des Einkommens, jedoch nicht über 15 000 Mk. für das volle Jahr, für die Jahre 1920, 1921 und 1922 der vierfache Betrag, jedoch nicht über 20 000 Mk. für das volle Jahr und nicht über 24 000 Mk. für das volle Jahr.

**Kommunistische Falschmeldung.**

Die „Kote Jahne“ bringt am Sonnabend abend unter heftigen Angriffen gegen den Stettiner Polizeipräsidenten Genossen Jenner die Nachricht, daß dieser die Kulturarbeit von der Schutzpolizei habe entlassen lassen, nachdem dort 6000 Arbeiter von der Direktion entlassen worden seien. Wie die „F. P. R.“ auf Anfrage in Stettin erfahren, ist keinerlei Befreiung der Werke durch Schutzpolizei erfolgt. Polizeipräsident Jenner ist es vielmehr gelungen, durch Verhandlungen mit den Vertrauensmännern der Arbeiterführung die gesamten entlassenen Arbeiter zum ruhigen Verlassen der Werke zu veranlassen. Die Arbeiterführung hat sich bei dieser Gelegenheit durchaus korrekt benommen und es ist keinerlei Zwangsmaßnahme erfolgt, der eine Schutzpolizei die Maßnahmen notwendig gemacht hätte. In der Frage der Entlassung der Arbeiter dauern augenblicklich Verhandlungen zwischen der Direktion der Werke und den Vertrauensleuten der Arbeiter.

**Leid für ehemals händige Waldarbeiter.**

Der preussische Landwirtschaftsminister hat verfügt, daß in Ermehrung der bisher ergangenen Erlasse über Landarbeiter für Waldarbeiter auch an ehemals händige Waldarbeiter, die infolge hohen Alters oder Krankheit aus der Waldarbeit ausgeschlossen sind und keine andere ihren Lebensunterhalt ausreichend gemähdene Beschäftigung gefunden haben, keine Flächen zur landwirtschaftlichen Benützung freihändig höchstens auf 6 Jahre verpachtet werden können. Die Verfügung erstreckt sich auch auf Witwen, die im Jahre gefallen sind oder an den Folgen des Jahres des verstorbenen händigen Waldarbeiters. Für diese Witwen kann ein bisheriges Pachterhältnis fortgesetzt werden.

**Notizen.**

Präsident gegen polnische Immigrationsgesetze. Unter Bezugnahme auf die polnische Note an die Friedenskonferenz in Paris, in der Polen die Massenverdrängung der Arbeiter aus den Höfen von Marienwerder verlangt, um einen Kanal bauen zu können, hat die Stadtratsversammlung in Marienwerder, einen Protest an das Auswärtige Amt gerichtet, in dem sie darauf hinweist, daß auch eine Prüfung der Notwendigkeit des Kanals durch internationale Sachverständige im Interesse sei für die Entscheidung des Reichspräsidenten im vorigen Jahre habe.

Die Rheinkommission. Nach einer Hausordnung aus Straßburg ist die Rheinkommission zusammengetreten. Vertreter sind Frankreich, Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Italien, England und Deutschland. Die Sitzungen werden bis zum 4. März dauern. Die Kommission wird sich nicht allem mit der Strompolitik, der Revision der Alte von Mannheim von 1868 und mit den Befestigungsarbeiten des Rheins im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag beschäftigen.

Wäre des Völkerbundes. Nach einer Hausordnung soll der Rat des Völkerbundes mit der Pflicht umgeben, den Einpruch der Regierung der Vereinigten Staaten gegen die Aufstellung der ehemaligen deutschen Kolonien und des türkischen Gebietes mit einer Einladung zu direkten Verhandlungen zu beantworten, wodurch dem künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten Gelegenheit gegeben sein würde, mit dem Völkerbund in Beziehung zu treten.

Die deutschen Delegierten sind, wie bekannt, während ihres Londoner Aufenthaltes Gäste der britischen Regierung.

**Neuere Nachrichten und Telegramme.**

**Danzig vor dem Völkerbundrat.**

Paris, 28. Febr. Der Völkerbundrat prüfte das von der Stadt Danzig gestellte Verlangen, für 500 000 Gewehre herzustellen zu dürfen. Es wird darin geltend gemacht, die Waffenfabrik, um die es sich handle, habe ehemals dem Deutschen Reich gehört, ist aber vorübergehend in den Besitz der alliierten Großmächte übergegangen. Nachdem der japanische Völkerbundrat über den Antrag Bericht erstattet hatte, lehnte der Völkerbundrat das Verlangen Danzigs ab. Darauf beschloß sich der Völkerbundrat mit gewissen Abänderungen der Vertretung der freien Stadt Danzig. Nach dem polnischen Vertreter, Wesseny und der ehemalige Danziger Oberkommunikationsminister, Professor Hiltz ihre Auffassung dargelegt hatten, wurde vom Generalsekretär des Völkerbundes ein Zukunftsbericht gefordert, der vor Beendigung der Beratung geprüft werden soll.

**Verurteilte Afrikaner.**

Paris, 28. Febr. Die beiden griechischen Offiziere Tereps und Anzakis wurden vom Schoungericht wegen des feinerzeit gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Benizelos auf dem Zoner Bahnhof in Paris begangenen Anschlages zu je fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nachdem das Urteil gefällt war, unterzeichneten die Geschworenen ein Genügendes.

Verantwortlich für Politik, Verrechnungen und Gemeindefragen Paul Zinner; Aus dem Reichsamt und Reichsamt Paul Zinner; für die Zentrale Reichsamt und Reichsamt Paul Zinner; für die Zentrale Reichsamt und Reichsamt Paul Zinner.



Partei-Angelegenheiten.

Januarabend. Heute abend 8 Uhr in Wilbros's Gesellschafts-Vortrag über: Anfänge der sozialistischen Bewegung.

Aus dem Stadttreibe.

Halle, 28. Februar 1921.

Wenn Reaktionäre gegen die Entente-Forderungen protestieren.

Es ist nicht nur das Recht, sondern die dringendste Pflicht des deutschen Volkes, gegen die fürstlichen Forderungen der Entente gelassen zu protestieren.

Es ist nicht nur das Recht, sondern die dringendste Pflicht des deutschen Volkes, gegen die fürstlichen Forderungen der Entente gelassen zu protestieren. Was eine feste Hoffnung bezeugt...

Was ist die Reaktion den Rufen Rufen, J. A. 'Der Stahlhelm', 'Offiziersbund', 'Deutscher Gewerkschaftsbund', 'Mitt. Studenten-Verein' usw. usw. in der Berührung...

Mit großem Schwung sagte ferner dieser Redner, Herr Prof. Kersch, über die Befragung deutscher Kriegsgefangener...

Stadttreiben kam trotz aller Ansprüche doch noch beschränkt werden, daß ich jener Redner, meinetwegen, denn was darauf...

Nach diesen Leistungen in einer Protestversammlung gegen die Entente-Forderungen hatte unser Berichterstatter den Geist weig, der über den Hauptteil dieser Versammlung sprach.

Wichtig, Betriebsrat! Die Amtszeit der Betriebsräte, die durch das Gesetz auf ein Jahr bemessen ist, läuft in den meisten Fällen in den nächsten Wochen ab...

Alle Elemente der Betriebsräte, die für die Wahl von Betriebsräten auf freigelegter Grundlage eintreten und die Aktivitäten und Bestrebisse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes anerkennen...

Demonstration der Kriegs- und Revolutionsopfer. Für den geistigen Sonntag hatte der Internationalen Bund der Kriegesopfer alle oben bezeichneten und die Lazarettinsassen zu einer Demonstration aufgerufen.

Vom Sternensimmel.

Die prachtvolle Venus erhebt sich heute Abend für Abend über ihren herlichen Glanz, der so groß ist, daß man nach Eintritt der Dämmerung deutlich noch ihren Lichtschein...

gegen 8 Uhr abends im Süden kulminiert, ist Sirius, der hellste Fixstern des Himmels, der Hauptstern des Großen Hundes...

Die Wahl des Herrn Rilian zum befohlenen Stadtrat ist befristet. Dem Magistrat ist folgendes Schreiben zugegangen:

Im Einverständnis mit dem Herrn Minister des Innern verlege ich hiermit unter Zustimmung des Stadtschultheißen der Wahl des Lokal-Beauftragten Stadtrats Otto Rilian zum befohlenen Stadtrat der Stadtgemeinde Halle die Befristung...

1. Otter Witz 2.30 Mark. Unter Bekanntmachungen veröffentlichten wir heute eine Anordnung über den neuen Witzpreis...

Keine Schalterdienstreue. Die bei den hiesigen Volkshäusern vom 1. März ab befristete Veränderung in den Schalterdienstreuen tritt vorläufig nicht in Kraft.

Ein zwölfköpfiges Zentralbauereusschuss am Reichsbau. In der Presse war in letzter Zeit viel zu lesen über Volkshausprojekte, die in manchen deutschen Städten verwirklicht werden sollten.

Von der 4. Division (Wehrkreis-Commando IV), Abt. Jäger, schreibt man uns: 'Das Reichswehrministerium macht darauf aufmerksam, daß Reichswehrangehörige, die bis zum 31. 12. 1920 zur Entlassung gekommen sind, etwaige Ansprüche auf Gehaltsrente in ihrem eigenen Interesse spätestens bis zum 1. 3. 1921 bei der zuständigen Abteilungsstelle ihres letzten Truppenteils — oder, falls diese nicht bekannt ist beim zuständigen Wehrkreis-Commando geltend gemacht haben.'

50jähriges Geburtstagsgedächtnis. Die Firma Philipp Schwabach in Halle, Raffinerie, 44 Blüth am 1. März d. J. auf ein 50jähriges Geburtstagsgedächtnis zurück.

Walhallen-Gesellschaft bringen nach längerer Zeit wieder einmal ein Programm, das von den sonst üblichen Bahnen, in denen alle Kinos wohnen, abweicht. Sie geben ein K. J. auf ein 50jähriges Geburtstagsgedächtnis zurück.

Schiffe und Menschen. Aufführung im U.-L-Theater in der Seitzgasse. Das Manuskript von Karl Viktor; die Darsteller erste deutsche Bühnenkünstler. Dies garantiert schon im voraus für einen Kunstgenuss.

Peter Krapotkin.

Mit Peter Krapotkin ist einer der edelsten Menschen dahingegangen, ein Mann, der mit bewundernswürdiger wissenschaftlicher Begabung auf dem Gebiete der Naturwissenschaft ein erlauchtes Weltbürger auf dem des Gesellschaftslebens verband.

im industriellen Großbetrieb. Ein großer Teil der Armen war Räuber, Lumpenproletariat, Verbrecher, darunter einzelne edle Räuber, die nur den Reichen nahmen, den Hungernden von ihrem Raube gerne abgaben.

zum ersten Male den Beweis geführt, daß nicht der gegenseitige Kampf — der Kampf ums Dasein — das vornehmste Prinzip der Vordarstellungswelt in der Geschichte der Tiere und Menschen war, sondern die gegenseitige Hilfe die Solidarität.

